

# Landkreis betont Ablehnung der Mineralstoffdeponie

## UMWELTAUSSCHUSS Reaktion auf CDU-Fragenkatalog – Zu Artenschutz geäußert

**WILDESHAUSEN/DÖHLEN/USU** – Der Landkreis Oldenburg lehnt die geplante Mineralstoffdeponie in Döhlen/Haschenbrok weiterhin entschieden ab. Das hat die Kreisverwaltung am Dienstagabend in einer Stellungnahme im Kreis-Umweltausschuss zu einem Fragenkatalog der CDU-Kreistagsfraktion betont. „Die grundsätzlich negative Stellungnahme des Landkreises bleibt selbstverständlich unverändert aufrecht erhalten“, heißt es. Allerdings wurde sie bereits durch den ersten Planfeststellungsbeschluss vom Gewerbeaufsichtsamt zurückgewiesen, das den Antrag auf die Errichtung und den Betrieb einer Mineralstoffdeponie ent-

gegen der Auffassung des Landkreises für zulässig hielt.

Das Gewerbeaufsichtsamt Oldenburg hatte zuletzt am 27. November 2017 einen Änderungsbeschluss zum Planfeststellungsbeschluss gefasst. Vor dem Oberverwaltungsgericht Lüneburg sind weitere Klagen gegen die geplante Deponie der Klasse I anhängig. Die Bürgerinitiative Steinhöhe und die Gemeinde wehren sich seit Jahren gegen das Vorhaben in einer ehemaligen Sandgrube.

Auf CDU-Nachfrage bestätigte die Kreisverwaltung, dass sie im Änderungsverfahren zum Planfeststellungsverfahren im August 2017 beteiligt worden ist. Dabei sei es im Wesentlichen um Detailfra-

gen zu artenschutzrechtlichen Kompensationsmaßnahmen für die Arten Knoblauch- und Kreuzkröten sowie Brutvogelvorkommen (Feldlerche, Wachtel, Flussregenvögel, Kiebitz) in der Abbaugrube und um die Abbaugrube gegangen. „Diese Nachbesserungen wurden im Zusammenhang mit dem unverändert laufenden Gerichtsverfahren vor dem OVG Lüneburg eingereicht“, heißt es.

Die vorgeschlagenen Artenschutzmaßnahmen stellen eine erhebliche Verbesserung der Kompensationsmaßnahmen für diese Arten dar. Die Kreisverwaltung: „Aus diesem Grund konnten keine fachlichen Bedenken an den vorgelegten Unterlagen zu

den Artenschutzmaßnahmen geäußert werden.“

In der Aussprache im Ausschuss zum Abfallwirtschaftskonzept spielte die geplante Deponie in Döhlen auch eine Rolle. Die Empfehlung des Gutachters lautete: „Der Landkreis sollte sich für das Projekt zur Schaffung von DK-I-Deponien offen zeigen.“ Das lehnte die CDU-Fraktion strikt ab, eine ausführliche Begründung auf Seite 78 ebenfalls. Armin Köpke (CDU) verwies auf eine laufende Klage gegen die Deponie, die dadurch Schaden nehmen könnte. „Wir haben ausreichend Möglichkeiten zur Entsorgung von Bauschutt. Wir sollten uns nicht mit hypothetischen Dingen beschäftigen.“